



**Hans-Joachim Otto MdB**

Vorsitzender des FDP-Bezirksverbandes Rhein-Main

Mitglied des Bundesvorstandes der FDP

Vorsitzender des Ausschusses für Kultur und Medien  
des Deutschen Bundestages

# ***Pressemitteilung***

Debatte um gewalttätige Übergriffe: Opferperspektive nicht vergessen – Reformen angemahnt

## **OTTO: Gesetzlicher Opferschutz und Zivilcourage müssen gestärkt werden**

Frankfurt am Main, 5. März 2008

Der Frankfurter FDP-Bundestagsabgeordnete **Hans-Joachim Otto** erklärt anlässlich des Verfahrens um die U-Bahn-Schläger von Heddernheim zu der Debatte um Gewalttaten: „Solche gewalttätigen Übergriffe, wie sie am sechsten Januar in Frankfurt und aktuell auch in Berlin passiert sind, zeigen, dass die zunehmende Gewaltbereitschaft ein sehr ernstes Problem in unserer Gesellschaft ist. Häufig ist im Strafrecht die Strafe für den Täter von gesteigertem öffentlichen Interesse. Wir dürfen dabei aber nicht die Opfer vergessen. Der Schutz und die Rechte des Opfers von Gewaltverbrechen gehören ebenso in den Mittelpunkt des Strafverfahrens. Opfer einer Straftat zu werden gehört zu den schlimmsten Erfahrungen eines Menschen. Auch der Frieden des Opfers fordert den Rechtsstaat. Leider ist in Deutschland die Opferhilfe unzureichend geregelt.“

Gerade wenn Kinder und Jugendliche Opfer von Straftaten werden, sei es für die Opfer und deren Angehörige in der Praxis oft mühsam, schnell und unbürokratisch Hilfe zu erhalten. „Dabei sind Kinder und Jugendliche die wehrlosesten Opfer. Für sie ist es besonders wichtig, nach einer Straftat den Schutz der Gemeinschaft zu spüren, um Vertrauen für ihren weiteren Lebensweg zu gewinnen“, so Otto. „Ein umfassender Opferschutz sowie eine gestärkte Opferhilfe sind auch wichtig zur Förderung von Zivilcourage. Wer Gewalttätern mit Zivilcourage entgegen tritt, muss auch darauf vertrauen dürfen, dass er im Falle eines Angriffs Hilfe und Unterstützung von staatlicher Seite bekommt. Denn Zivilcourage jedes Einzelnen ist notwendig, um Gewaltverbrechen zu verhindern.“

Die FDP habe als einzige Fraktion einen entsprechenden Antrag dazu in den Deutschen Bundestag eingebracht (Bundestagsdrucksache 16/7004). „Wir Liberalen setzen uns u. a. dafür ein, dass die Opfer als eigenständige Rechtspersönlichkeit mit eigenen subjektiven Rechten ausgestattet werden. Opfer von Straftaten können ihre Rechte nur dann geltend machen, wenn sie ihre Rechte auch kennen. Hier sind dringend mehr Aufklärung und Information gefordert. Es wäre ein wichtiges Signal in dieser Debatte um Gewalttaten, wenn auch die Bundestagskollegen der anderen Parteien aus unserer Region den FDP-Antrag unterstützen würden“, so Otto abschließend.

Redaktion und verantwortlich i.S.d.P.:

Roland Philippi, Tel: 069/ 97160-204, Fax: 069/ 97160-222, Email: [wahlkreis@hansjoachimotto.de](mailto:wahlkreis@hansjoachimotto.de)

Christian Zeis, Tel: 06172/ 998452, Fax: 06172/ 998462, Email: [zeis-pr@t-online.de](mailto:zeis-pr@t-online.de)

[www.hans-joachim-otto.de](http://www.hans-joachim-otto.de)